

LEITARTIKEL



VON SVEN CHRISTIAN SCHULZ

Die Sterne der EU verblassen

Für Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern Europas stehen die gelben Sterne auf der EU-Flagge, die in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag feiert. Doch wenn an diesem Donnerstag die Staats- und Regierungschefs zu einem historischen EU-Gipfel in Brüssel zusammenkommen, wird davon wenig zu spüren sein. Weder herrscht Einigkeit darüber, die eingefrorenen russischen Vermögen zur Unterstützung der Ukraine zu nutzen, noch ist man bereit, die damit verbundenen Risiken solidarisch zu teilen – und von Harmonie kann auch nicht die Rede sein. Auch nach fast vier Jahren brutalem russischem Angriffskrieg gegen die Ukraine haben offenbar nicht alle Europäer daraus gelernt. Noch immer lässt man sich einschüchtern von Drohungen aus Moskau gegen den Westen und von möglichen Vergeltungsmaßnahmen, sollte man es wagen, mit russischen Zentralbankgeldern Kiew bei der Verteidigung zu unterstützen. Selbst wenn es nur darum geht, mit diesen Geldern einen Kredit abzusichern.

Es ist ein Desaster, was Europa für ein Bild abgibt: Noch immer stehen die Europäer nicht geeint und solidarisch zusammen, sondern lassen sich von russischer Propaganda auseinanderreiben. Noch immer scheint nicht überall angekommen zu sein, dass sich hier und jetzt entscheidet, ob die EU ihrer Rolle als geopolitischer Akteur gerecht wird oder scheitert. Noch immer wollen manche Regierungschefs nicht wahrhaben, dass eine kollabierende Ukraine schon in wenigen Monaten russische Truppen an den Grenzen von Polen, Litauen oder Moldau bedeuten dürfte. Dass sich am Gipfelvorabend noch immer keine Lösung abzeichnet und manche Diplomaten nur noch auf die „Magie des Gipfels“ hoffen, lässt düstere Vorahnungen aufkommen. Es verstärkt sich der Eindruck, dass die EU ihre politische Handlungsfähigkeit verloren hat. Gelähmt von nationalen Egoismen und der Unfähigkeit, im richtigen Moment Verantwortung zu übernehmen.

Längst kommt der Druck nicht nur von Innen durch Populisten in Ungarn und der Slowakei. Auch in vielen anderen Mitgliedsstaaten – von Frankreich und Italien bis hin zu Belgien – bestimmen zunehmend nationale Interessen die Politik und erschweren Entscheidungen im Kreis der 27. Zugleich wächst der Druck von außen. Nicht nur Russland streut Sand ins Getriebe der EU, auch die USA tun dies unter Trump immer offener. Die Konsequenz kann an diesem Donnerstag daher nur eine sein: Bei diesem EU-Gipfel ist Scheitern keine Option. Der belgische Premier Bart De Wever weiß, dass die anderen Regierungschefs die eingefrorenen russischen Gelder notfalls auch über seinen Kopf hinweg für die Ukraine nutzen können – und sie sollten es tun. Denn selten stand so viel auf dem Spiel wie bei diesem Gipfel. Nicht nur für die Ukraine, die bald selbst die blaue EU-Flagge mit den gelben Sternen hissen will, sondern für die Zukunft Europas selbst.

KOMMENTAR



VON MARKUS DECKER

Der Ernstfall entscheidet

Der Bundesinnenminister hat am Mittwoch zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit Tatkraft bewiesen. Nachdem Alexander Dobrindt kürzlich eine neue Drohnenabwehrreinheit der Bundespolizei präsentiert hatte, eröffnet er jetzt das Drohnenabwehrzentrum. Ergänzt wird die neue Einrichtung durch Reformen des Bundespolizei- sowie des Luftsicherheitsgesetzes. Letzteres regelt die Amtshilfe der Bundeswehr. Kein Zweifel: Nach den zunehmenden Drohnenattacken hat der CSU-Politiker zügig gehandelt.

Die Probleme sind damit aber nicht gelöst. Eines besteht darin, dass vor allem die kleineren Bundesländer nicht über die technischen Fähigkeiten verfügen, die für eine effektive Drohnenabwehr notwendig sind. Das reduziert dort den Schutz. Der Bund könnte die ganze Kompetenz an sich ziehen. Doch das lehnen die größeren Länder ab. Damit bleiben Grauzonen der Zuständigkeit. Das zeigt sich in der Struktur des Drohnenabwehrzentrums. Es ist bei der Bundespolizei angesiedelt, beherbergt jedoch Vertreter von Bund und Ländern sowie aller relevanten Sicherheitsbehörden einschließlich der Bundeswehr. Die Struktur ähnelt jener des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums. Dort sitzen ebenfalls alle Akteure am Tisch. Nur fehlt es an einer Hierarchie. Das war in bestimmten Terrorfällen wie dem des Breitscheidplatz-Attentäters Anis Amri sehr hinderlich. Derlei könnte sich bei der Drohnenabwehr wiederholen – nach dem Motto: Nimm Du den Ball, ich hab' ihn sicher.

Wie viel die geschaffenen Instrumente wert sind, wird sich erst zeigen, wenn Drohnen nicht mehr wie zuletzt als Beobachtungsobjekte aus dem Ausland eingesetzt werden, sondern als Angriffswaffen. Dann wird sich auch zeigen, wer Verantwortung übernimmt – und wer nicht.

THEMA DES TAGES



Neue Wege: Der Umbau des Bürgergeldes zur Grundsicherung für Arbeitssuchende stellt die Jobcenter vor große Veränderungen.

FOTO: JENS KALAENE/DPA

Hilfe nur noch unter Vorbehalt

Union und SPD rangen lange um den Umbau des Bürgergeldes. Für Bezieher soll es nun spürbar strenger werden. Doch mit dem Kabinettsbeschluss ist die Debatte nicht beendet.

VON CHRISTIANE JACKE

BERLIN. Schon bis zum Kabinettsbeschluss dauerte es ungewöhnlich lange bei der Bürgergeldreform. Die Ressortabstimmung über die Pläne aus dem Arbeitsministerium von Bärbel Bas (SPD) gestaltete sich schwierig. Und auf den letzten Metern erhoben zwei unionsgeführte Ministerien noch einmal Einspruch gegen einen Passus. Erst in letzter Minute gab es eine Einigung, um die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende doch noch vor Jahresende durch das Kabinett zu bringen.

Doch auch im Parlament stehen noch schwierige Diskussionen an, bevor die Pläne tatsächlich in Kraft treten können. Angepeilt ist das für den 1. Juli 2026, doch das Datum steht unter Vorbehalt, weil die Umsetzung der neuen Regeln in den Jobcentern auch technisch schwierig wird.

Für die mehr als fünf Millionen Leistungsbezieher soll sich weit mehr ändern als nur der Name der Hilfen. Kernpunkt ist mehr Härte gegenüber jenen, die nicht ausreichend mit den Behörden kooperieren. An der SPD-Basis gibt es dagegen Widerstand.

Ein Überblick über die wichtigsten Bestandteile der Reform:

➤ Härtere Sanktionen bei versäumten Terminen: Wer zwei Termine in Folge beim Jobcenter ohne triftigen Grund verpasst, dem soll der Regelsatz direkt um 30 Prozent gekürzt werden – um rund 150 Euro im Monat. Verstreicht auch ein dritter Termin ungenutzt, soll die Geldleistung komplett eingestellt werden. Wer auch im Monat darauf nicht erscheint, dem sollen sogar die Kosten der Unterkunft – Heizung und Miete – nicht mehr bezahlt werden. Die Mietzahlung geht dann direkt an den Vermieter. Nur wer sich innerhalb eines Monats wieder beim Jobcenter meldet, kann wieder Geld bekommen.

Andernfalls wird alles dauerhaft eingestellt: Geldleistung und Kosten der Unterkunft.

In Härtefällen, zum Beispiel bei Menschen mit psychischen Erkrankungen, soll dies nicht gelten. Auch Familien sollen geschützt werden. Wenn Kinder oder Partner mit im Haushalt leben, werden deren Geldleistungen nicht gekürzt und auch die Kosten der Unterkunft weiterbezahlt.

86

Millionen Euro an Einsparungen soll die Reform 2026 bringen – 2027 dann etwa 70 Millionen Euro. Das ist meilenweit von den Milliardenbeträgen entfernt, die Kanzler Friedrich Merz (CDU) als Ziel ausgegeben hatte.

➤ Schärfere Sanktionen für „Arbeitsverweigerer“: Schon heute kann die komplette Geldleistung für bis zu zwei Monate gestrichen werden, wenn Betroffene wiederholt eine zumutbare Arbeit ablehnen und bereits Leistungen gemindert bekommen haben. Künftig soll eine Vollsanktion bei Arbeitsverweigerung auch

möglich sein, ohne dass vorher schon mal Geld gekürzt wurde. Vorgesehen ist dies für ein bis zwei Monate.

In diesen Fällen soll die Miete ebenfalls direkt an den Vermieter gezahlt werden. Die Mietkosten werden aber nicht gestrichen, weil das Bundesverfassungsgericht hier Grenzen aufgezeigt hat. Die Schutzklausel für Familienangehörige im Haushalt gilt auch hier. In der Praxis kommt es bislang allerdings nur in Einzelfällen vor, dass Leistungsbezieher rigoros jede Arbeit verweigern.

➤ Das Prozedere vor Leistungsstreichung: In der Bundesregierung gab es zuletzt Auseinandersetzungen über das Prozedere vor einer Streichung der Leistungen. Jobcenter müssen jeden solchen Fall vorab prüfen. Dazu bekommen Betroffene zunächst einen Brief mit der Aufforderung, Stellung zu beziehen, warum sie etwa Termine versäumt haben. Danach müssen Betroffene noch die „Gelegenheit zu einer persönlichen Anhörung“ bekommen – diese Formulierung kam in letzter Minute in den Gesetzentwurf.

Das Wirtschafts- und das Innenministerium hatten Sorge, dass sich Betroffene der Leistungsstreichung dadurch entziehen könnten, dass sie schlicht nicht erreichbar sind.

Mit der nun gefundenen Formulierung soll klar sein, dass es lediglich einen persönlichen Kontaktversuch geht – etwa durch einen Telefonanruf oder den Besuch eines Jobcenter-Mitarbeiters. Der Versuch muss aber nicht zwingend erfolgreich sein.

➤ Strengere Regeln bei Schonvermögen: Die Leistung ist generell nur für jene vorgesehen, die Hilfe brauchen. Das heißt, wer viel Ersparnis hat, muss zunächst davon leben, bis es Unterstützung vom Staat gibt. Für Leistungsbezieher bis zum Alter von 20 Jahren soll künftig eine Summe von 5000 Euro an privaten Ersparnissen geschützt sein, zwischen 21 und 40 Jahren dann 10.000 Euro, ab dem 41. Lebensjahr 12.500 Euro und ab dem 51. Lebensjahr 15.000 Euro. Bislang gelten deutlich großzügigere Regelungen für dieses „Schonvermögen“.

➤ Neue Vorschriften bei Mietkosten: In den ersten zwölf Monaten des Leistungsbezuges wird bislang die Miete ohne Prüfung in jeder Höhe übernommen. Die Karenzzeit soll zwar bleiben, die Kosten sollen aber von Anfang an gedeckelt werden. Dies ist eine von mehreren Änderungen zu Mietkosten.

➤ Einsparungen: Die Reform bringt nur minimale Einsparungen: laut Gesetzentwurf 2026 rund 86 Millionen Euro und 2027 etwa 70 Millionen Euro. Das ist meilenweit von den Milliardenbeträgen entfernt, die Kanzler Friedrich Merz (CDU) als Ziel ausgegeben hatte. Größeres Sparpotenzial für den Staat gibt es nur, wenn in großem Umfang Menschen in Arbeit gebracht werden: Pro 100.000 Menschen, die den Sprung aus der Grundsicherung in einen Job schaffen, ergäben sich laut Regierung Einsparungen in Höhe von rund 850 Millionen Euro pro Jahr für den Staat. Geplant ist daher künftig auch eine intensivere Betreuung in Jobcentern.



Noch kein Schlussstrich: Der Gesetzentwurf aus dem Haus von Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) ist im Kabinett beschlossen – ausgedehnt ist die Debatte damit aber noch lange nicht.

FOTO: KAY NIETELD/DPA